

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Zeile 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. — Sammelliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsverzeichnis.

Inhalt. Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Zum diesjährigen Verbandstage. — Verbandsstags-Wünsche. — Münchener Brief. — Die Bekämpfung des Gebärmutterkrebses (Jeunillette). — Korrespondenzen (Kiel, München, Frankfurt a. M., Leipzig). — Rundschau. — Literatur. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Zahlstelle Grimmitzschau. Vertrauensmann ist Max Vogel, Königstr. 8; Kassierer Paul Langendorf, Frankenhäuser, Dorfstr. 11.

Die Antworten auf das am 8. Dezember erlassene Rundschreiben über Festsetzung des Ortes, wo der Verbandstag stattfinden soll, stehen zum großen Teil noch aus. Die Zahlstellen-Vorstände werden dringend ersucht, diese Antworten bis spätestens zum 23. Januar einzuliefern.

Die Zahlstellen Dresden und Stuttgart haben das fällige Quartal noch nicht verrechnet.
Der Verbands-Vorstand.

H. A. Paula, Liebe, Vorsitzende.

Zum diesjährigen Verbandstage.

Vielsache Anregungen zu unserem in einigen Monaten stattfindenden Verbandstage gibt ein Artikel in Nr. 26 der „Solid.“ des vorigen Jahres. In demselben werden eine Anzahl Fragen aufgeworfen, die, wenn auch eng zusammenhängend, sich kaum gründlich in einer Abhandlung besprechen lassen. Wir wollen zunächst einmal berichten, uns über die wichtigsten Punkte des Artikels klar zu werden; und das sind ohne Zweifel die Vorschläge, die sich auf eine Klassifizierung der Wochenbeiträge und die Festsetzung der den Zahlstellen verbleibenden prozentualen Verwaltungskosten beziehen. Zur genauen Prüfung dieser Fragen bedarf es eingehender Berechnungen auf Grund einer genauen Statistik der Lohnverhältnisse. Zwar hat der Hauptvorstand im vergangenen Jahre eine umfassende Statistik aufgenommen, doch scheint sich die Verarbeitung des Materials in der Statistikkommission sehr zu verzögern, obwohl zu wünschen wäre, daß das gewonnene Ergebnis möglichst bald zur Kenntnis der Mitglieder gebracht wird. Würde doch gerade dieses Material in der Vorbisfassung zum Verbandstage sehr nützlich sein; wogegen es zu spät sein dürfte, sich mit der Materie zu befassen, wenn das Resultat der Statistik erst dem Verbandstage vorgelegt wird.

Nehmen wir also in Ermangelung anderen Materials den Jahresbericht zur Hand. Am letzten Juni 1904 hatten wir 1873 männliche und 1977 weibliche, zusammen 3850 Mitglieder. Der Artikelschreiber schlägt nun vor, folgende Beitragsklassen einzurichten: 30 Pf. bei einem Wochenlohn von über 20 Mk., 20 Pf. bei Löhnen zwischen 10 und 20 Mk. und 10 Pf. bei einem Lohn unter 10 Mk. Nehmen wir nun an, von den männlichen Mitgliedern, die doch wohl einzig bei den Löhnen über 20 Mk. in Betracht kommen, hätten ca. 1000 mehr als 20 Mk. Wochenlohn, von den weiblichen haben auch vielleicht 1000 Mitglieder weniger als 10 Mk. Wochenlohn und alle übrigen würden mit 10 bis 20 Mk. entlohnt. Demnach zahlten also 1000 Mitglieder 10 Pf. mehr und 1000 Mitglieder 10 Pf. weniger Beitrag als bisher und so würde an der Einnahme der Verbandskasse nichts geändert. Man würde demzufolge die Unterstützungssätze den Bei-

trägen entsprechend einrichten, so daß auch diese Ausgabe die ungefähr gleiche Höhe behält. Führt man diesen Beitragsmodus ein, so würde von der Erhöhung hauptsächlich die Zahlstelle Berlin II betroffen, der Beitrag von 10 Pf. würde auf einen Teil der Mitglieder der kleineren Zahlstellen entfallen und Berlin I bezieht wohl bei den meisten, wenn nicht bei allen Mitgliedern den jetzigen Beitrag bei. Und nun kommt der Vorschlag, den Zahlstellen statt der bisherigen 20 pCt. Verwaltungskosten 30 pCt. zu belassen, um es den Ortsvorständen zu ermöglichen, Agitation auf eigene Faust zu betreiben. Wenn aber der Artikelschreiber meint, durch die drei Beitragsklassen und den 30 pCt. der Einnahmen den kleinen Zahlstellen mehr Gelder zuzuführen, so befindet er sich im Irrtum. Greifen wir eine der kleineren Zahlstellen, z. B. Kiel heraus. Ob sich dort Mitglieder finden, die mit über 20 Mk. entlohnt werden, ist fraglich, jedenfalls ist es nur ganz wenige. Es wird sich aber ein großer Teil Kolleginnen dort befinden, die weniger wie 10 Mk. Lohn haben, nehmen wir einmal an die Hälfte, diese würden dann 10 Pf. Beitrag zahlen und die Einnahmen in Kiel für den Verband würden dadurch um den vierten Teil geringer sein, als bisher. Letzterfolge würden die 20 pCt. auch weniger ausmachen. Im letzten Jahre betragen diese 84 Mk., sie würden dann auf 63 Mk. herabsinken; bei 30 pCt. würde sich dies auf 94,50 Mark steigern und die ganze Erhöhung beträgt demnach 10,50 Mk. für das ganze Jahr, also pro Monat noch nicht mal eine Mark. Ähnlich würden sich die Verhältnisse in allen kleineren Zahlstellen gestalten. Ob den jetzt finanzschwachen Ortsklassen dadurch eine größere Bewegungsfreiheit geboten ist, als bisher?

Der Artikelschreiber wird, wenn er sich mit meiner Berechnung befreundet hat, gleich mir der Meinung sein, daß dies nicht der richtige Weg ist, den kleinen Zahlstellen die Mittel zur Agitation zuzuführen: Von den 10 pCt. Erhöhung, welche die Hauptkasse mehr an die Zahlstellen abzugeben hätte, würde der Hauptanteil nur einigen großen Zahlstellen, die sich wirklich nicht in Finanznöten befinden, zufallen; Berlin II z. B. zahlte im vorigen Jahre rund 10 000 Mk. an die Verbandskasse, nach Erhöhung der Beiträge hätte sie 15 000 Mk. zu zahlen und die 30 pCt. davon würden 4500 Mk. betragen. Wüßten bekäme die Zahlstelle 2500 Mk. mehr an Verwaltungskosten als früher. Nun kommen aber für diese Zahlstelle, welche die am besten fundierte unseres Verbandes ist, Ausgaben für Agitation fast garantiert in Betracht, auch hatte sie es bis heute nicht nötig, die Verbandskasse dazu in Anspruch zu nehmen. Wir kommen somit zu dem Resultat, daß gerade das Gegenteil von dem eintritt, was der Artikelschreiber in Nr. 26 der „Solid.“ bezweckt. Denn den großen Zahlstellen würden große Summen zugeführt zum Zweck der Agitation, deren Kosten in den betreffenden Orten nur ganz geringe sind; dagegen würden die kleinen Zahlstellen womöglich noch schlechter dastehen als früher, indem durch die verminderte Ortseinnahme auch die Verwaltungskosten trotz der zehnprozentigen Erhöhung eine kaum merkliche Verbesserung erfahren würden. Für die Hauptkasse aber bedeutet dies eine Vermehrung der Ausgaben. An Agitation für Zahlstellen und Hauptvorstand inkl. Delegationen hatte die Verbandskasse im letzten Geschäftsjahr nicht ganz 7 pCt. ausgegeben; sie soll jetzt 10 pCt. ausgeben und zwar nur an die Zahlstellen. Agitation des Hauptvorstandes würde noch etwa einen gewissen Prozentsatz ausmachen und er wäre

wohl kaum imstande, etwaigen Ansprüchen der kleineren Zahlstellen auf Agitationskosten, die nach den obigen Berechnungen nicht ausbleiben könnten, zu entsprechen.

Die Hauptkasse soll nicht von Mitteln entblößt werden, meint der Artikelschreiber, ich aber sehe in den kommenden Verbandstag die Hoffnung, daß er sich ganz besonders mit der Hebung der Aktionsfähigkeit unseres Verbandes befassen wird. Das kann aber nur durch Bereitstellung größerer Mittel geschehen, wir werden daher wohl eher über zu einer Beitragserhöhung kommen müssen. Unter Berücksichtigung der großen Lohnunterschiede in unserem Beruf läßt sich eine Beitragserhöhung aber nur bei gleichzeitiger Einführung des Beitragsklassensystems ermöglichen. Da wir in unseren Unterstüßungseinrichtungen bereits eine Klasseneinteilung haben, so dürfte dieser weitere Schritt nicht allzu große Schwierigkeiten machen. Ich möchte daher vorschlagen, die Mitglieder mit Wochenlöhnen unter 10 Mk. zahlen wie bisher 20 Pfennig Wochenbeitrag, bei Löhnen bis 20 Mk. 25 Pfennig und bei Löhnen über 20 Mk. werden 30 Pf. Beitrag pro Woche entrichtet. Da die Löhne in unseren Vereinen in den letzten Jahren eine zum Teil nicht unbedeutende Steigerung erfahren haben, so ist auch eine Erhöhung der Verbandsbeiträge nur gerechtfertigt, umso mehr, als es sich darum handelt, die bisherigen Gewinne der Bewegungsfreiheit unserer Organisation zu bereichern, was solange nicht möglich ist, als die zur Verfügung stehenden Fonds niedrige sind. Nach dem Aussprache, den ein Gewerkschaftler auf dem letzten sozial. Parteitag getan, sollen die Gewerkschaften jeden Pfennig so anlegen, daß er Wucherginsen bringt. Gibt es nun aber wohl eine zweckmäßigere Anlage als die für Agitation? Man stelle daher dem Hauptvorstande die Mittel bereit, und er wird sie den Zahlstellen überlassen, die sie gebrauchen.

Eine Folge der Einführung des Staffelbeitrages würde naturgemäß das Markenquittungssystem sein, und wenn sich auch unser Verband bisher aus Bequemlichkeitsrücksichten getraut hat, Beitragsmarken einzuführen, so ist bis heute doch kein einziges Quittungssystem bekannt, welches zuverlässiger wäre, als dieses. Es würde jetzt zu weit führen, noch näher darauf einzugehen; doch halte ich es für die einzig mögliche Art, eine genaue Kontrolle über die Beitragszahlung auszuüben; obwohl ich nicht der Ansicht bin, daß dadurch eine Entlastung der Hauptverwaltung eintreten werde, im Gegenteil wird die Arbeit dadurch eine noch größere werden. Im Interesse des Verbandes aber ist es geboten, daß sich der Verbandstag mit der Prüfung dieser Frage beschäftigt.

Es ist nun Sache der Ortsverwaltungen, die gemachten Vorschläge zu überlegen und sie auf die Wirkung hin zu prüfen, welche die Verwirklichung derselben auf die Gestaltung der Zahlstellen auszuüben imstande ist, damit wir diejenigen Einrichtungen treffen können, die eine fruchtbringende Tätigkeit für unsere Mitglieder ermöglicht.

S-I.

Verbandsstags-Wünsche.

Wenn die Delegierten auf dem Verbandstag 1902 in Bezug der Delegiertenwahl (§ 29) bedeutend weitergegangen sind, als dies 1899 (§ 31) der Fall war, so waren gewiß alle Delegierte der guten Ab-

XX 2106



sicht, daß es für einzelne Delegierte, welche doch größtenteils die Verwaltung der betreffenden Zahlstellen in den Händen haben, von ganz besonderem Vorteil ist, gerade hier an den wichtigsten Beratungen teilzunehmen, um hierdurch für die weitere Tätigkeit des Rühlche aus den weitgehenden ausführlichen Verhandlungen herauszufallen, was im Protokoll oder in den Berichten wiederzugeben in der notwendigen Weise unmöglich ist, da dieselbe die Hin- und Widerrede erst die richtige Würze geben.

Aus diesem Anlaß haben die Vertreter im Jahre 1902 in Berlin beschlossen: Zahlstellen von 50-150 Mitglieder haben das Recht oder die Pflicht, einen Delegierten zum Verbandstag zu senden. Ob aber die Delegierten 1902 in Berlin daran gedacht haben, daß es richtig ist, auf weitere 150 Mitglieder auch einen weiteren Delegierten zu entsenden, bezweifle ich. Warum? Man konnte 3 Jahre Zukunft nicht voraus prophezeien. Es haben sich einige Zahlstellen erfreulicherweise in den letzten Jahren derartig entwickelt und stehen noch in der besten Entwicklung, was dem Unterzeichneten selbst über das Geahnte hinaus geht.

In erster Linie sind es die Zahlstellen Berlin I und II, welche nach dem letzten Jahresbericht allein ca. 14-15 Delegierte entsenden, wohingegen der letzte Verbandstag insgesamt 18 Delegierte zählte. Auch München und Leipzig dürften nach dem jetzigen Stande der Mitglieder 4 und 6 Delegierte entsenden, womit aber der Sache selbst in keiner Weise gebiet wird, sondern nur bedeutend höhere Kosten entstehen, eventuell die Verhandlungen bedeutend in die Länge gehend werden, denn jeder Delegierte will doch auch seinen Platz ausfüllen und sich an den Debatten beteiligen, um schließlich daselbst oder ähnliches, was bereits zweimal gesagt ist, nochmal zu wiederholen, oder gar den eigenen Vertretern derselben Zahlstelle zu widersprechen. Dies veranlaßt mich in Anregung zu bringen, daß eine Zahlstelle nicht mehr als vier Delegierte zum Verbandstag 1906 entsendet, und sollte man an Stelle der sonst noch berechtigt zu Wählenden lieber die Sitze an die noch in der Entwicklung begriffenen Zahlstellen verteilen, welche laut Statut keinen Sitz haben, oder aber mit einer anderen Zahlstelle zusammengelegt werden müßten.

Man kann und wird erwidern, daß Statuten auf dem Wege von Zeitungsartikeln nicht beseitigt oder festgestellt werden können. Gewiß. Ich meine

Die Bekämpfung des Gebärmutterkrebses.

Von Dr. Kurt Freudenberg und Dr. J. Zabel-Berlin.

(Der Artikel ist uns von der „Gleichheit“ zum Abdruck freundlichst zur Verfügung gestellt worden.)

Alljährlich sterben im Deutschen Reich 10 000 bis 15 000 Frauen am Gebärmutterkrebs, und diese Zahl steigt unheimlich noch beständig an; die meisten können gerettet werden, wenn die erkrankten Frauen rechtzeitig ärztliche Hilfe suchen und diejenige Behandlung eingeleitet würde, welche von der modernen Frauenheilkunde verlangt wird. Der Leiter der Königsberger Frauenklinik, Professor Winter,* hat das Verdienst, in ebenso nachdrücklicher wie geschickter Weise den Kampf gegen den mörderischen Feind eröffnet zu haben, indem er sich mit belehrten Flugblättern an sämtliche Ärzte und Hebammen der Provinz Preußen und durch auflärende Artikel in der Tagespresse der Provinz an die Frauen selbst wandte. Das energische Vorgehen des menschlichen Freundes verdient alle Anerkennung und Förderung auch seitens der Arbeiterpresse, und insbesondere die „Gleichheit“ als das für Arbeiterinnen geschriebene und von Arbeiterinnen gelebte Organ ist berufen, für weitestgehende Verbreitung der Veröffentlichung Winters, für mögliche Aufklärung über Entstehung und Bekämpfung dieses schrecklichen Frauenleidens in ihrem Leserkreis zu sorgen.

Die Heilkunde kennt zurzeit nur ein radikales Heilmittel für den Krebs, die frühzeitige Operation, ein innerliches Mittel gegen das tödliche Leiden besitzen wir bis jetzt nicht. Es kommt alles darauf an, möglichst frühzeitig den Krebs zu erkennen und zu entfernen.

Ist der Krebs festgestellt, so ist keine Zeit zu

jedoch, daß jedes Mitglied ein Recht hat, wo Kassen-gelder erpart werden können (? Red.); oder ein praktischer Ausgleich vorhanden ist, diesen vorzuschlagen, um den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, was ich hiermit beabsichtige.

Hätte nur ein Delegierter 1902 geahnt, daß nach § 29 die vier größten Zahlstellen vielleicht 22 oder 25 Delegierte zum Verbandstag 1906 entsenden, dann wären die Bestimmungen in § 29 ganz anders ausgefallen und müßten es auch. Meiner Ansicht nach haben wir die Pflicht, Unvorhergesehenes zu berücksichtigen und den bestehenden Verhältnissen mehr Rechnung zu tragen, als einem vor 3 Jahren gefaßten Beschluß.

Leipzig.

Anmerk. der Red.: Wir bringen diese Anregung nur darum, weil es ja nach § 28 des Statuts, 2. Abs. letzte Zeile, gestattet ist, Mitglieder anderer Zahlstellen als Delegierte zu wählen, aber billiger werden die Kosten darum auf keinen Fall, eber könnte es geschehen, daß durch höhere Reisekosten die Ausgaben noch erhöht würden! Doch wer macht den Anfang, da doch die Zahlstelle Leipzig die Verbandstagsdelegierten schon gewährt hat? — Es dürfte auch diesmal dieser Passus nur in den Zahlstellen Anwendung finden, die allein keinen Delegierten entsenden können, und den Delegierten einer größeren Zahlstelle mit ihren Anträgen usw. betrauen.

Mündener Brief.

In meinem letzten Brief in Nr. 27 der „Solidarität“ erklärte ich, daß ich auf den Konflikt in der Firma „Graphia“ zurückkommen muß, um zu beweisen, wie schnell das Unternehmertum bereinigt ist, wenn es gilt, gegen die Forderungen der Arbeiter Front zu machen, anderenfalls aber auch, um zu zeigen, wie sich kleine Differenzen oft die Veranlassung sind, die Unternehmer anderer Meinung zu machen.

Bei der am 27. Nov. über bereits erwähnten Sitzung mit den Buchdr. Prinzipalvertretern erklärten uns diese, daß es — obwohl es gerade für die gemäßigten Betriebe sehr notwendig wäre, auch für das Steinbrudr.-Hilfsverional geregelte Lohn- und Arbeitszeiten zu schaffen — nicht möglich gewesen wäre, die Herren Steinbrudr.-Besitzer zu bewegen, an der Lösung der Frage sich zu beteiligen, da diese die Forderungen der Hilfsarbeiter einfach

rundweg ablehnten. Auf eine an uns gerichtete Frage, wie wir gedenken, nun doch unsere Forderungen in den Steinbrudrereien durchzusetzen, erwiderte ich, daß so bald wir mit den Buchdrudrereien fertig sind, ohne weiteres jede einzelne Steinbrudrerei vornehmen werden, und auch vor einem ersten Kampfe nicht zurücktreten, zumal wir die volle Zustimmung der organisierten Steinbrudrer besitzen und volle Solidarität fordern.

Mittlerweile legte die Direktion der „Graphia“ ihrer Arbeiterschaft ein Monstrum von einer neuen Geschäftsordnung vor, die zwar nur 4 Paragraphen, jedoch 54 Absätze hatte. In dieser Geschäftsordnung waren Forderungen an die Arbeiter gestellt, die für diese einfach unannehmbar waren. Das gesamte Personal wies diese Arbeitsordnung zurück, arbeitete eine andere aus und unterbreitete diese der Firma. Bei Beratung dieser Geschäftsordnung, die im Kontor der Direktion stattand und 4 1/2 Stunden währte, war außer dem Arbeiterausschuß des Geschäftes die Verwaltung der Buch-, Stein- und Lichtdrucker, der Buchbinder und auch unsere Verwaltung vertreten.

Es kam denn auch eine Einigung zustande bis auf zwei Punkte, der eine betraf die Kündigungsfrist der Hilfsarbeiter, der andere die Arbeitszeit der Lichtdrucker. Wir wollten unsere Sache nicht zur Nachfrage stampeln und willigten dann im Einverständnis mit unseren Kollegen und Kolleginnen in den Vorschlag der Direktion ein, weil wir den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachteten, wo wir unsere Forderungen auch in der „Graphia“ ernstlich durchzusetzen gedenken. Für die Lichtdrucker hingegen bedeutete die Einführung der Wesperrufen eine indirekte Arbeitszeiterhöhung, weil es ihnen bisher möglich war, in den sogenannten Kunstpausen etwas zu sich zu nehmen. Sie widerlegten sich deshalb diesem Ansinne, die Steinbrudrer erklärten sich mit den Lichtdrucker solidarisch und da die Firma hartnäckig auf ihrem Standpunkt stehen blieb mit dem Bemerken, sie wolle unter allen Umständen einen geregelten Betrieb schaffen, so reichten die Stein- und Lichtdrucker ihre Kündigung ein und forderten, um der Direktion einen geordneten Betrieb zu ermöglichen, für das ganze Personal die 8 1/2-stündige Arbeitszeit unter Wegfall der Pausen, wie sie bisher die Lichtdrucker hatten. Die Folge dieser Kündigung, die am 10. Dezember erfolgte, war, daß am Montag, den 12. Dezember, sämtliches andere Personal ebenfalls gekündigt wurde. Bis zu diesem

Frau es als ihre Pflicht gegen sich und ihre Angehörigen betrachtet, sich bei den ersten verdächtigen Symptomen ärztlich untersuchen zu lassen, erst dann sind wir am Ziele (Winter), der Ausbreitung der Krebskrankung unter unseren Frauen wirksam zu begegnen.

Welches sind aber diese ersten verdächtigen Symptome des Krebses?

Schmerzen, das ist vorauszusagen, fehlen im Beginn der Krebskrankungen fast stets; sie pflegen sich erst einzustellen, wenn das Leiden unheilbar („inoperabel“) geworden ist, und zwar dann in einem Maße, das allein hierdurch schon das Leiden der Krebskranken sich zu einem der qualvollsten und furchtbarsten gestaltet.

Ausfließ tritt dagegen häufig schon sehr frühzeitig auf; er hat durch Blutbeimengungen nicht selten eine rötliche Farbe — heißt „fleischwasserartig“ aus — und hat meist schon sehr früh einen recht unangenehmen Geruch.

Das wichtigste und bedeutendste Zeichen des beginnenden Krebses sind aber unregelmäßige Blutungen aus der Scheide. Auch schon während der Zeit, in der im allgemeinen regelmäßig alle vier Wochen das „Unwohlsein“, die „Periode“ auftritt, achten unsere Frauen leider viel zu wenig auf Abweichungen von diesem regelmäßigen Verhalten; von Rechts wegen sollte jede Frau, bei der ein vorzeitiger Abgang von Blut aus der Scheide erfolgt, oder bei der gar der regelmäßige Ablauf der Periodenblutungen durch unregelmäßige Blutungen ganz gestört wird, sofort den Arzt in Anspruch nehmen und sofort ihrerseits auf die Vornahme einer inneren Untersuchung bringen. Sehr oft wird dann in diesen Fällen ein Krebs als die Ursache dieser unregelmäßigen Blutungen rechtzeitig festgestellt werden, und dann wird die rechtzeitig vorgenommene Operation fast stets dauernde Heilung bringen können.

Ramenfisch achten aber während des „Wechsels“ und nach demselben unsere Frauen viel zu wenig auf Unregelmäßigkeit der Blutung. Treten während der

verlieren, es muß sofort operiert werden. Die Aussicht auf dauernde Heilung wird mit jeder Woche, die gezögert wird, schlechter; sind erst die Nachbarorgane erkrankt, so ist die Operation überhaupt nicht mehr vorzunehmen und die Kranke verloren.

Leider wird dieser günstige Termin für die Heilung des Gebärmutterkrebses in den meisten Fällen veräuert, und die Zahl der Dauerheilungen ist darum eine so geringe: 90 pCt. der erkrankten Frauen kommen so spät zum Operateur, daß eine Hilfe nicht mehr möglich ist, und zwar sind es in der weitaus größten Zahl der Fälle die „Sünden der Frauen selbst gegen ihren eigenen Körper“ (Winter), welche die Verschleppung verschulden.

Die Frauen holen ärztlichen Rat zu spät ein oder befolgen den Rat zur Operation garnicht oder nicht rechtzeitig genug. Von 1002 von Winter zusammengestellten Fällen von Gebärmutterkrebs in Deutschland säumten 927, also 87 pCt., zu lange, von einem Monat bis zu über einem Jahre nach dem Auftreten der ersten Symptome des Leidens, bevor sie ärztlichen Rat einholten. Neben Unkenntnis und Gleichgültigkeit für alles, was am eigenen Körper vor sich geht, sind es das Schamgefühl vor dem männlichen Arzte, die Furcht vor der Untersuchung und der Mangel an Zeit und Geld für die Konsultation, welche diese schwere Unterlassungssünde verschulden. Es ist darum kein Wunder, daß die Städterin und insbesondere die wohlhabende Dame nach den Feststellungen Winters auch hierbei viel günstiger gestellt ist, gegenüber der Landbewohnerin und insbesondere der armen Frau; die letztere entschließt sich ungleich schwerer zum Arzt zu gehen, und hat sie es endlich getan und den Rat erhalten, sich schleunigst operieren zu lassen, so treten wieder Mangel an Zeit und Geld störend dazwischen.

„Erk wenn jede Frau weiß, daß der Krebs durch eine Operation heilbar ist, und zwar nur dann, wenn unmittelbar nach den ersten Zeichen der Erkrankung operiert wird; erst wenn jede Frau diese ersten Zeichen des Gebärmutterkrebses kennt und wenn jede

*) „Die Bekämpfung des Uteruskrebses“. Stuttgart 1904, Ferd. Enke.

Datum gehörte die Firma noch nicht der Unternehmerrorganisation an. Herr Direktor Maier suchte nun Hilfe, setzte sich auf die Bahn, fuhr nach Nürnberg, Leipzig und Berlin und lehrte zufriedenen von seiner Mission zurück. Der Hauptvorsitzende des Vereins der Lithographen und Steinbrucker, Kollege Otto Sillier, kam nach München und wir versuchten am Sonntag, den 17. Dezember, eine Einigung herbeizuführen. Auch dieser Versuch war umsonst. Am 20. Dezember, vormittags, kam der Sekretär des Vereins der Steinbrucker-Besitzer Deutschlands, Herr Kohler, nach München, am Abend desselben Tages war Versammlung der Steinbrucker-Besitzer und zwar waren nicht nur die Münchener, sondern auch die Augsburger und Kaufbeurer Prinzipale anwesend. In dieser Versammlung, in der sich die Herren, die sich sonst, was Konkurrenz anbelangt, förmlich untergraben, fester den je zusammenschlossen, erklärten sie sich alle mit der Direktion der „Graphia“ solidarisch, wählten eine fünfgliederige Kommission, die mit der von uns ebenfalls eingeleiteten Kommission am Mittwoch, den 14. Dezember verhandelte. Den ganzen Verlauf der Unterhandlung, die 3½ Stunden dauerte, zu schildern, will ich unterlassen, so interessant wie es vielleicht auch wäre. Kurz zusammengefaßt war das Ergebnis folgendes: 1. Die Differenzen in der Firma „Graphia“ sind aufgehoben, indem Herr Direktor Maier sämtliche Kündigungen zurücknimmt und ebenfalls die Stein- und Lithbrucker ihre Kündigungen zurückziehen. 2. Die Prinzipale erklären, für den Platz München eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Vertretern unserer Zahlstelle für alle Geschäfte herbeizuführen zu wollen. 3. Für die Hilfsarbeiter soll nach Abschluß des Tarifes mit den Buchdrucker-Besitzern auch für die Steinbrucker ein Tarif eingeführt werden.

Dieses Zugeständnis der Prinzipale ist für uns von größtem Wert, weil gerade die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Hilfspersonal in den Steinbruckerereien die denkbar traurigsten sind. In den nächsten Tagen werden wir mit den Buchdrucker-Prinzipalen zum Abschluß gelangen und uns dann umgestimmt an die Arbeit machen, für unsere Steinbrucker-Kollegen und Kolleginnen geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir hoffen, daß es auch hier ohne ernstlichen Kampf gehen wird, denn wir brauchen Frieden zur weiteren fruchtbringenden Arbeit. A. Sch.

Wechseljahre, sagt das die Blutungen seltener und schwächer werden oder auch mit einem Schlag ganz verschwinden, häufigere und stärkere Blutgänge ein, so ist sofort der Arzt zu Rate zu ziehen und sofort auf die eingehendste Untersuchung zu drängen. Und daselbe gilt erst recht, wenn Monate oder gar Jahre nach dem völligen Ausbleiben der „Regel“ wieder Blutgang aus der Scheide erfolgt. In den Fällen dieser beiden Gruppen ist es zumeist ein Krebs, der die unregelmäßigen Blutungen bewirkt, und deshalb ist schleunigstes Eingreifen notwendig.

Noch eines Zeichens ist zu gedenken! Tritt bei einer Frau ohne erkennbare andere Ursache plötzlich nach dem Geschlechtsverkehr ein Abgang von Blut oder blutig gefärbter Flüssigkeit aus der Scheide ein, so sollte diese Frau unbedingt, womöglich innerhalb 24 Stunden, den Arzt aufsuchen und eine Untersuchung fordern. Denn das ist ein fast sicheres Zeichen des Gebärmutterkrebtes.

Es ist kein Unglück, wenn bei Befolgung dieser Vorschriften diese Frauen unnötig untersucht werden, aber es ist ein furchtbares Unglück, wenn auch nur bei einer, welche einen beginnenden Krebs an der Gebärmutter hat, dieser nicht rechtzeitig erkannt wird und zur Operation kommt. Denn diese Unglückliche ist damit dem qualvollsten Tode verfallen, den man sich denken kann. Von den furchtbaren Schmerzen beim Fortschreiten der Krankheit — Schmerzen, die selbst den größten Morphiumgaben häufig trogen — haben wir bereits gesprochen. Aber das ist noch nicht alles. Der Ausfluß — siehe oben — nimmt bald an Menge ungeheuer zu und bekommt dabei einen furchtbaren Geruch, so daß die Kranke sich und ihrer Umgebung geradezu zum Gef wird. Dazu kommt häufig unwillkürlicher Harn- und Stuhlabgang — und nun bedenke man, wenn das sich im Privatstübchen ereignet, wo die ganze doch oft recht zahlreiche Familie auf Stube und Küche angewiesen ist! Da hält die treueste Gatten- oder Kindesliebe nicht stand; gebieterisch drängt sich — und vom medizinischen Standpunkt mit Recht — die Not-

Korrespondenzen.

München. Am 28. Dezember und 4. Januar berief die hiesige Verwaltung eine Versammlung für die in chemographischen Anstalten beschäftigten Hilfsarbeiter ein. Beide Versammlungen waren gut besucht und es zeigte sich, daß die Referate des Kollegen Schmid gute Wirkung erzielten und dessen Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren; denn sämtliche 27 Anwesenden ließen sich in unseren Verband aufnehmen, es ist dies die überwiegende Majorität der in den zehn hiesigen chemographischen Anstalten arbeitenden Hilfsarbeiter. In der ersten Versammlung referierte Kollege Schmid über Wert und Nutzen der Organisation unter besonderer Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der Mitglieder unseres Verbandes. Für die zweite Versammlung wählte Kollege Schmid als Thema: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die Entstehung und Fortentwicklung unseres Verbandes“. Beide Referate riefen eine lebhafteste Diskussion hervor und zeigten, daß auch diese Kollegen einsehen hatten, daß eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nur vermieden werden kann, wenn sie sich Mann für Mann unserem Verbande anschließen. Der Vorsitzende der hiesigen Chemigraphen, Kollege Lehmann, forderte ebenfalls zum Zusammenschluß der Hilfsarbeiter auf und gab bekannt, daß bei den Prinzipalen die bestimmte Absicht vorliegt, für die Hilfsarbeiter die jetzt bestehende achtstündige Arbeitszeit aufzuheben und die neunstündige einzuführen, daß dieses aber verhindert werden könne, wenn die Hilfsarbeiter dem Beispiele der Chemigraphen folgen und sich selbst jetzt vereinigen. Es wurde dann beschlossen, für die chemographischen Hilfsarbeiter eine Sektion zu gründen und wurde Kollege Bergler als Obmann einstimmig gewählt. Wir hoffen, daß die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen sich baldigt anschließen möchten, damit wir jeberzeit imstande sind, geplante Verschlechterungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf das Bestimmteste zurückzuweisen.

Miel. Versammlung vom 13. Dezember. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Schlüter erstattet. Hervorzuheben ist, daß die Gewerkschaft der Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiter aus dem Kartell und vom Arbeitersekretariat zurückgetreten sei. Der Austritt wurde mit nichtslagenden Gründen begründet und ging das Kartell nach Kenntnisnahme zur Tagesordnung über. Er selbst habe dann später eine Vorladung von der betr. Gewerkschaft erhalten. Hier sei verlangt worden, daß bei der Anstellung von Personal in der „Volkzeitung“ auch ihre Mitglieder berücksichtigt werden sollen. Kollege Schlüter berief sich aber auf die Vereinbarung der „Volkzeitung“ mit unserer Organisation betr. des Arbeitsnach-

wendigkeit auf, die Kranke dem Kranken- oder Sickenhause zu überantworten, um dort fern von ihren Lieben unter den größten Qualen, bei häufig recht mangelhafter Pflege — auch dort hat man solche Kranke nicht sehr gern — ihre Tage zu beschließen. Und darum muß es Allgemeingut der Frauen werden, daß bei den geschilberten Zeichen, insbesondere also bei rötlichem Ausfluß und bei Blutungen ohne Zusammenhang mit der Regel eine sofortige innere Untersuchung durch den Arzt vorgenommen werden muß.

So sicher es ist, daß jeder Gebärmutterkreb, sich selbst überlassen, nach etwa zwei Jahren zum Tode führt, so sicher sieht es fest, daß der beginnende Krebs der Gebärmutter leicht und sicher durch die Operation geheilt wird. Und was wollen demgegenüber die Gefahren der Operation bedeuten! Niemand leugnet, daß vorläufig noch die Operation keine ganz gefahrlose ist, aber diese Gefahren sind bei rechtzeitig vorgenommener Operation am allerkleinsten. Und dann: wenn ohne Operation die Krankheit in allen Fällen — also in 100 Prozent — zu qualvollem Tode führt, was besagen demgegenüber die paar Prozent Operationsstodesfälle. Wer aber erklärt, daß er den Krebs ohne Operation heilen kann — gleichviel ob durch Beten oder Handauflegen, ob durch Lehm oder durch Wasser — von dem behaupten wir mit ruhigem Gewissen, daß er ein Schwindler ist.

Mögen die Bemühungen Winters, durch Belehrung und Aufklärung auf breiter Grundlage, durch rastlose und planmäßige Bekämpfung der heimtückischen Krankheit Tausenden von Frauen alljährlich das Leben zu retten, den verdienten Erfolg haben, und mögen auch diese Zeilen dazu beitragen, in den Kreisen unserer Genossinnen und durch diese in der unbestimmtesten Bevölkerung überhaupt Bewußtsein und tatkräftiges Handeln gegenüber der Krebsgefahr zu wecken!

weises. Es sei doch wohl ein ganz ungerechtfertigtes Verlangen, daß man durch unseren Nachweis anderen Gewerkschaftsmittgliedern Arbeit nachweise, wenn Arbeitslose der eigenen Gewerkschaft vorhanden seien. Auch der Bericht vom Gewerkschaftshaus wurde vom Kollegen Schlüter gegeben. Hier ist kurz anzuführen, daß die Bergebe schon unter Dach gebracht sei und daß der Bau überhaupt rüstig vorwärts gehe. Die finanzielle Seite wurde noch beleuchtet und erwähnt, daß es gelungen sei, eine größere Summe zu niedrigem Zinssatz zu erhalten. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Christian Schlüter, Bergstr. 11, „Volkzeitung“; 2. Vorsitzende Kollegin Ströb; Hauptkassiererin Kollegin Subrich; Hilfskassiererin Kollegin Kullich; Schriftführerin Kollegin Becker und Beisitzerin Kollegin Nabl. Als Revisoren wurden gewählt die Kolleginnen Harms und Heinecke und der Kollege Will. Kartelldelegierter: Kollege Schlüter. Nachdem vom Vorsitzenden ein Schreiben vom Kollegen Nordmann aus Hamburg betreffs Abhaltung einer Konferenz für Norddeutschland verlesen und näher erläutert worden, wurde dieser Punkt zur nächsten Versammlung vertagt. Auch die Beschlüßfassung über einige vom Kollegen Schlüter gestellte Anträge zum Verbandstag wurde verlesen. Die nächste Versammlung soll erst am 17. Januar 1906 stattfinden, damit vorher die Abrechnung fertiggestellt werden kann, um ein genaues Bild über die Kassenverhältnisse zu haben, weil die Besichtigung der Konferenz in Hamburg auf Kosten der Zahlstellen geschehen muß. Unter Berücksichtigung gab der Vorsitzende bekannt, daß einer Kollegin, die lange Zeit arbeitslos und krank war, in einer Vorstandssitzung 11 M. leihweise überlassen seien. Auf Antrag der Kollegin Baumann wurde beschlossen, beim Hauptvorstand zu beantragen, die 11 M. als außerordentliche Unterstützung (im Sinne des Statuts) zu gewähren. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Frankfurt a. M. Versammlung vom 8. Januar. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls weist Kollege Kahl darauf hin, daß im letzten haben Jahre viele Entlassungen vorkamen und erucht die Kollegen, bei Entlassungen sofort den Vorstand in Kenntnis zu setzen, damit die nötigen Schritte getan werden können; weiter teilte er mit, daß sämtliche arbeitslosen Kollegen wieder in Arbeit stehen. Sobotan wurde zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstag geschritten und wurde Kollege Kahl gewählt, als Ersatzmann Koll. Schumm. Stellung gibt dann über die Schillerfeier Aufschluß; dieselbe findet am 9. Mai statt und wird die Arbeiterkassette Frankfurts einen Kranz niederlegen, auch wird im Hippodrom Konzert und Vorträge stattfinden, dazu sind Willets a 30 Pf. an die Gewerkschaften ausgegeben, näheres wird den Kollegen noch bekannt gegeben. Kollege Werner hat den Antrag gestellt, daß die Versammlungen in Zukunft Sonntag Nachmittag statt Vormittag stattfinden; derselbe wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Leipzig. Versammlung vom 8. Januar. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Bedeutung des nächsten Verbandstages und Wahl von Delegierten hierzu“, hatte Kollege Schulte das Referat übernommen; er führte ungefähr folgendes aus: Die Zahlstelle Leipzig sei wohl die erste Zahlstelle innerhalb des Verbandes, welche sich mit diesem Thema beschäftigte. Es sei dies aus verschiedenen Gründen geschehen, einerseits darum, weil der diesjährige Verbandstag wohl einer der bedeutendsten und wichtigsten sein werde von allen bis jetzt abgehaltenen, und man sich darum nicht rechtzeitig genug mit den verschiedenen Wünschen, die bis jetzt in der „Solidarität“ veröffentlicht worden seien, beschäftigen könnte, andernteils, damit die gewählten Delegierten Zeit haben, diese Wünsche gemeinschaftlich durchzuerörtern, um als Abgeordnete der Zahlstelle Leipzig mit ihren Aufgaben wohlvertraut zum Verbandstage gehen zu können. Im weiteren beschäftigte er sich in seinen Ausführungen mit der von ihm vorgeschlagenen Erwerblosenunterstützung, dabei bemerkend, daß der Artikel Lobasch ihn in seiner Uebersetzung, daß es möglich ist, dieselbe in unserem Verbands einzuführen, nicht erschüttert habe, sondern er trotzdem noch auf demselben Standpunkt stehe, indem er es nur als besonders wünschenswert betont, daß namentlich für die weiblichen Mitglieder etwas geschehen müsse, um sie mehr an den Verband zu fesseln. Er glaube sicher, daß verschiedene Zahlstellen dieser Anregung Sympathie entgegenbrächten, weil eben überall andere Verhältnisse wären als in Berlin; er behauere darum, daß kein Vertrauensmann in der „Solidarität“ dazu das Wort ergreifen habe. Sobotan berührte er die in der Verbandssitzung vorgeschlagene Klasseneinteilung betreffs der Beiträge; diese Neueinrichtung sei sehr wünschenswert und wohl auch voranzutreiben, daß diese eingeführt werde, da ja vom Zentralvorstande aus dieselbe für einführbar gehalten wurde; wie man aus dem Artikel in Nr. 27 der „Solidarität“ ersehen

Wante. Am Schlusse seines Referats besprach Kollege Schulze noch die von ihm in der nächsten Nummer empfohlene Delegiertenentsendung, speziell hierbei auf den Artikel verweisend. Hierauf forderte er die Anwesenden auf, sich recht ausgiebig an der Diskussion über die von ihm berührten Punkte zu beteiligen und ihre Wahl an Mitglieder zu vereinigen, von denen sie überzeugt seien, daß dieselben befähigt und den Aufgaben gewachsen sind. Die Diskussion hierüber war eine sehr ausgiebige und waren fast alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, nur betreffs der Erwerbslosenunterstützung äußerte Kollege Mehlhorn Bedenken, indem er die schlechten Erfahrungen, die bei der früher bestandenen Krankenunterstützung in der Zahlstelle Leipzig gemacht worden sind, ganz besonders vor Augen führte. Es wurden sodann die Kollegen Schulze, Hermann, Wolfen, Serbe, Krehshmar, Kaiser und als Ergrüppeltonen die Kolleginnen Kanitz, Mollau und Lemandowsky als Delegierte gewählt. Als Gewerkschaftsvertreter wurden die Kollegen Hermann wieder, Kollege Seidel neu und Kollegin Kanitz als Ergrüppelton gewählt. Unter Verschiedenem berichtete Kollege Schulze über den Streit bei Viebig und Kunze, daß derselbe schon 8 Wochen dauerte und dem Verbands 430 Mk. gekostet habe; es sind alle Streitenden bis auf zwei wieder untergebracht, ebenso sind aber auch die Stellen mit Arbeitswilligen schon von der ersten Woche an besetzt. Eine eingegangene Resolution, die dahin lautete, den Streit wegen Anzichtslosigkeit als beendet zu erklären und zwei Ziele Streitenden noch drei Wochen lang zu unterstützen, wurde nach heftiger Diskussion gegen vier Stimmen angenommen. Sodann schilderte Kollege Paul Richter die Verhältnisse bei der Firma Haberland und seine Entlassung, die angeblich wegen Arbeitsmangel erfolgte; er wurde einstimmig von den Versammelten als gemahregelt erklärt und ihm eine entsprechende Unterstützung zugesprochen. Es werden dann noch aus der Mitte der Versammlung verschiedene Mißstände in Druckereien vorgebracht, und werden dieselben von der Verwaltung untersucht, resp. der Fabrik-Inspektion zur Kenntnis gebracht werden. Nachdem Kollege Mehlhorn die Entscheidung des Festkomitees vom Herbstvergnügen beantragt hatte, die angenommen wurde, und bekannt gegeben war, daß am 11. Februar ein Kostümfest zur für Verbandsmitglieder im Kantone stattfinden soll, fand die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende.

R. D.

Rundschau.

Keine Ursachen, große Wirkungen. Eine Buchbinderin in Stuttgart ist wegen einer verhältnismäßig recht untergeordneten Sache in schweres Unglück gestürzt worden. Sie hatte behauptet, der Heizer habe eine lebende Katze in das Feuer geworfen. Vor Gericht erwies sich, daß die Katze erst vorher in einen Sack gesteckt und getötet worden war, bevor man sie ins Feuer warf. Der Arbeiterin erwachsen aus dieser Prozeßverhandlung 70 Mk. Gerichtskosten. Sie leistete einen Offenbarungseid, um sich von der Bezahlung zu befreien. Wie sich nun später herausstellte, hatte sie verschwiegen, im Besitze eines Sparkassenbuches von etwa 26 Mk. zu sein. Sie stand deshalb kürzlich wegen Meineid vor dem Stuttgarter Schwurgericht und wurde zu 1 Jahr Buchhaus verurteilt.

Arbeitswilligen-Beleidigung. Beim Buchbinderstreik in Dresden hatten auch die Buchdrucker der Firma Krehshmar & Ulrich die Arbeit niedergelegt. Der Buchdrucker M. M. iraf am 22. Oktober auf der Rosenstraße eine junge Arbeiterin, die sich nicht den Streitenden angeschlossen hatte. Die dem Mädchen soll M. einen Stoß in die Seite versetzt und ihr gesagt haben: „So wird's Euch Streikbrechern allen gehen“. Darin wurde tätliche Beleidigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung erblickt und M. unter Anklage gestellt. Er betrietet nun, das Mädchen derart belästigt zu haben. Dieses aber bleibt dabei, und deshalb wurde M. vom Schöffengericht zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Vorstand des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen hat beschlossen, für die Bezirke Mitteldeutschland und Süddeutschland festbesetzte Gauleiter anzustellen. Der Bezirk Mitteldeutschland umfaßt Königreich und Provinz Sachsen, sowie die thüringischen Staaten mit 63 Filialen und 4000 Mitglieder. In diesem Bezirk sind noch 9000 Schneider und 8000 Schneiderinnen beschäftigt, die dem Verbands nicht angehören. Der Sitz des Gauleiters ist in Leipzig, für den Bezirk Süddeutschland ist als Sitz Frankfurt a. M. ausersehen. Dieser umfaßt die Provinz Hessen-Nassau, die Großherzogtümer Hessen und Baden, Elsaß-Lothringen, das Königreich Württemberg und die Bayerische Pfalz. Es gehören zu ihm 52 Filialen mit 4000 Verbandsangehörigen.

Daneben sind noch 7000 männliche und 6000 weibliche Verbandsangehörige nicht organisiert. Die Stellen sollen am 1. Februar nächsten Jahres besetzt werden.

Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, für das 1. Quartal 1905. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie: Montag, 16. Januar; Geschichte: Dienstag, 24. Januar; Natur-Erkenntnis: Mittwoch, 18. Januar; Gesetzeskunde: Donnerstag, 19. Januar; Rede-Übung: Freitag, 20. Januar; Fortschrittskursus: Sonntag, 22. Januar. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormitt. 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiraistr. 40a; Keul, Varnimstr. 42; Vogel, Demminstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horst, Engel-Ufer 15. — Alle Zuschriften sind an den Vorstehenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Luergel. II, Geldsendungen an den Kassierer S. Königs, Berlin S. 59, Hohenhaide 56, zu senden.

Literatur.

Vom Königsberger Hochberratsprozeß sind seit 5 bis 7 Wochen erschienen. Das ganze Werk wird 11 Lieferungen zu je 20 Pf. umfassen. Der Herausgeber hat an der Hand der Akten den Prozeß dargestellt und dadurch die Rechtsunsicherheit nachgewiesen, die sich durch das geheime Vorverfahren entwickelt hat. Die Buchausgabe enthält nicht nur die Verhandlungsberichte, sondern auch das gesamte in Prozeß vorgebrachte Material an russischen revolutionären Flugchriften.

Wider die Klassenherrschaft, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus jener Zeit. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das 50 Lieferungen zu je 20 Pf. umfaßt und von jeder Buchhandlung bezogen werden kann.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle III, Berlin.



Sonnabend, den 21. Januar 1905
zur Feier des I. Stiftungsfestes der Zahlstelle III
Grosser Wiener Masken-Ball
in Feuersteins Festsälen, Alte Jakob-Strasse 75
(Partorre Saal).

Um 12 Uhr: Demaskierung. Um 1 Uhr: Kaffeepause. Während derselben: Auftreten des modernen Humoristen Herrn Marthini und des Kollegen Gustav Grimm.
Um 3 Uhr: Polonaise mit grossen Ueberraschungen.

Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pf. Ende 6 Uhr.

Billets sind in den beiden Nachweisen zu haben.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle I und II und Freunde des Verbandes sind herzlich willkommen.

Um rege Beteiligung bittet

Das Komitee.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle I, Berlin.



Sonnabend, den 14. Januar 1905
Grosser Wiener Masken-Ball
in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20 I.
(Grosser und kleiner Saal).

Billets à 50 Pf. sind zu haben im Arbeitsnachweis und bei unseren Vertrauenspersonen.

Anfang 9 Uhr.

Ende ??

Die Kollegen der Zahlstelle II und III sowie Freunde und Förderer unserer Zahlstelle sind uns herzlich willkommen.

Verjammlungsanzeigen.

Zahlstelle Dresden. Donnerstag, den 19. Januar 1905, abends 1/2 9 Uhr, im Dresdener Volkshaus, Saal 6 und 7, Ritzbergstr. 2, I: **Oeffentliche Versammlung.** Tagesordnung: 1. Die Lage der deutschen Arbeiter und die Notwendigkeit der Organisation. Referent: Herr Redakteur Niem. 2. Gewerkschaftliches.

Kollegen und Kolleginnen! Erwacht aus Eurer Gleichgültigkeit und zeigt durch massenhaftes Erscheinen in der Versammlung, daß Ihr gewillt seid, das angefangene Werk mit zu vollenden.

Der Vertrauensmann.

Berlin, Zahlstelle II. **Außerordentliche Generalversammlung** am Sonntag, den 22. Januar 1905, mittags 2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 76. Mitgliedsbuch legitimiert! Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitragszahlung und Ausgabe der Maskenball-Billets. 3. Aenderung des Ortsstatuts, § 2, Abs. 2 und des Arbeitsnachweis-Reglements, § 1, Abs. 4. 4. Verschiedenes.

Nach der Versammlung findet geselliges Beisammensein statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Berlin, Zahlstelle III (Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen). Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. Um ein pünktliches Beginnen der Versammlung zu ermöglichen, ist es notwendig, daß jedes Mitglied um 4 Uhr anwesend ist. — Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.** Hierzu sind die Mitglieder der Zahlstellen I und II als Gäste willkommen.

Am 21. Januar ist für Zahlstelle III kein Ballabend.

Am 4. Januar 1905 entriß uns der Tod unser treues Mitglied

Reinhard Kirmse

im 33. Lebensjahre.

Sein Andenken hält stets in Ehren

Die Zahlstelle Grimmitschau.